

WALL ST.: VON ABGRÜNDEN

Nach den **Finanzskandalen** in Amerika beginnen die Prozesse gegen Banker und Topmanager. Die Staatsanwaltschaft will Exempel statuieren

Von Michael Remke

Der Saddam Hussein der amerikanischen Finanzwelt ist der frühere Enron-Chef Kenneth Lay. Das zumindest meinen Douglas Quinby und J. R. Mayhew. Die beiden Geschäftsleute aus Atlanta haben ein Kartenspiel entworfen, angelehnt an jenes, das US-Präsident George W. Bush im Irak-Krieg an seine Truppen verteilen ließ. Doch das neue Blatt trägt nicht die Konterfeis der Schergen des irakischen Diktators, sondern die Köpfe der Manager der jüngsten Finanzskandale an der New Yorker Wall Street. Und Kenneth Lay ist der Top-Mann, der Oberschurke – das Pik-Ass.

Insgesamt 54 einstige Konzernlenker, Banker und Börsenanalysten umfasst das „Stacked Deck“, gezinktes Blatt. Es ist eine Parade der wichtigsten amerikanischen „White Collar Criminals“, der Verbrecher mit Schlips und Kragen. Gestürzte Manager und gescheiterte Börsengurus, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelt, Klage erhoben hat oder die bereits im Gefängnis sitzen. Die Herz-Dame ist Amerikas „Hausfrau der Nation“, Martha Stewart, Pik-König der einstige Worldcom-Chef Bernie Ebbers. Die Joker zieren Sam Waksal, Ex-Chef des ehemaligen Börsenrenners Im-Clone,

der frühere Enron-Manager Jeffrey Skilling und der einst gefeierte Star-Analyst Jack Grubman.

Wer allerdings das Spiel mit mutmaßlichen Betrugern, Insidern und Bilanzfälschern gewinnen will, braucht die Asse. Neben Enron-Lenker Lay dürfen sich über diese Auszeichnung freuen: der zurückgetretene Vorstandschef der Investmentbank Merrill Lynch, David Komanisky, der gestürzte Chef der Consulting-Firma Arthur Anderson, Joseph F. Berardino, und Dennis Kozlowski von Tyco International. Letzterer, das Karo-Ass, sitzt gerade auf der Anklagebank.

Kozlowski macht dabei nur den Anfang der gerade beginnenden Prozesswelle gegen Finanzgrößen, die das Vertrauen der Anleger in die Börse schwer beschädigt hatten. Die Anklagen sollen dieses verlorene Vertrauen jetzt wieder zurückgewinnen, auch wenn sie die Wall Street auf Jahre beschäftigen dürften und erneut den Sumpf, in den sie vor zwei Jahren geraten war, zum Vorschein bringen wird.

Und richtig trockengelegt ist er immer noch nicht: Erst am Freitag warf die New Yorker Börse nun fünf Makler-Firmen millionenschwere Betrugereien vor. Die Unternehmen stehen im Verdacht, bei Transaktio-

nen über einen Zeitraum von drei Jahren rund zwei Milliarden Aktien zum Nachteil ihrer Kunden unvorteilhaft abgerechnet zu haben. Das „Wall Street Journal“ schätzt die Höhe des den Investoren dabei entstandenen Schadens auf mehr als 100 Millionen Dollar. Die Börse kündigte umgehend Aufklärung und schwere Strafen an und schaltete die US-Börsenaufsicht SEC ein.

Moralische Erziehung tut deshalb Not. Exempel müssen statuiert werden. Aus diesem Grund halten viele Beobachter den Prozess gegen den einstigen Tyco-Herrscher Kozlowski wegweisend dafür, wie die Justiz die Schreibtischtäter behandeln wird. „Dieser Fall ist besonders wichtig, weil er für viele ein marodes System zeigt, in dem die Überwachungsmechanismen komplett zusammengebrochen waren“, sagt Espen Eckbo, Direktor des Center for Corporate Governance an der Dartmouth Business School. „Und er wird möglicherweise auch zeigen, dass bisher eigentlich nur wenig dagegen unternommen wurde.“

Diesen Eindruck will die SEC um jeden Preis verhindern. Sie hat in den vergangenen Monaten einige Neuregelungen verabschiedet, um Betrugereien zu verhindern. So sind Juristen von Unternehmen künftig verpflichtet, kriminelle Machenschaften nicht nur ihren Bossen zu melden, sondern notfalls auch anzuzeigen. Zusätzlich verschärfte die SEC die Strafen für Leute, die Akten vernichten oder die Behörden in anderer Form behindern. Eine Drohung ist bisher geblieben, dass betrügerische Firmen

künftig vom Handel an der Börse ausgeschlossen werden.

Die beginnende Prozesswelle bietet der SEC jetzt die Gelegenheit zu beweisen, wie ernst es ihnen bei der Verfolgung der straffälligen Topmanager ist. „Eine Möglichkeit, solche Skandale künftig zu verhindern, ist es, die Kriminellen anzuklagen und hart zu bestrafen“,

sagte Stephen Cutler, Ermittler bei der SEC, jüngst in einem Interview mit der „Los Angeles Times“. „Diese Botschaft müssen wir jetzt an die Welt senden.“ Wie es heißt, rechne die SEC deshalb auch nicht mit vielen Vergleichen zwischen Angeklagten und Staatsanwaltschaft – sondern eher mit mehr Klagen und weiteren Ge-

richtsterminen. Auch den Eindruck, dass wie schon früher wieder einmal nur die Kleinen verurteilt und die Großen wieder laufen gelassen werden, will die SEC unbedingt verhindern. „Wir werden zeigen, dass wir es auf die große Beute abgesehen haben“, ließen die Behörden wissen. Unterstützung finden sie dabei of-

fenbar auch bei US-Präsident George W. Bush, der infolge der Skandale die Höchststrafen für Finanzbetrüger in einem neuen Gesetz auf 25 Jahre verdoppelt hatte. Und vor allem bei Eliot Spitzer.

Der Justizchef New Yorks gilt als einer der härtesten Ankläger des Landes und führt seit dem Enron-Skandal 2001 einen erbitt-

Der ganze Sumpf muss trockengelegt werden



Star-Analyst Frank Quattrone: Akten vernichtet?



Tyco-Boss Kozlowski: 600 Millionen Dollar veruntreut?



Bernie Ebbers: Elf Milliarden Dollar Schaden?

Europa und Deutschland sind von Skandalen verschont geblieben – bislang

Einfach nur Glück gehabt?

Als die Lawine von Bilanzfälschungen und Börsenskandalen im Frühjahr 2002 den gesamten amerikanischen Finanzsektor erschütterte, zitterte auch die europäische Börsengemeinde dem Krach entgegen, der da wohl unweigerlich kommen musste. Firmen, Wirtschaftsprüfer, Großbanken – überall war in den USA der späten 1990er getürkt, geschönt und gelogen worden, so schien es. Warum sollte es in der Alten Welt anders sein? Nur – bislang ist wenig passiert. Vor allem den Investmentbanken, die in den USA offenbar systematisch und an allen Wertpapiergesetzen vorbei millionenschwere Mauseleien betrieben, war hier zu Lande nichts anzuhängen. Was ist richtig gelaufen?

„Es scheint tatsächlich kein vergleichbares Fehlverhalten in Deutschland gegeben zu haben“, sagt Markus Pfüller, Partner bei der internationalen Wirtschaftskanzlei Clifford Chance in Frankfurt. „Das ist wohl eine Frage der Geschäftskultur. In den USA haben schnelle Profite einen anderen Stellenwert als in Europa. Die Abteilungen der Banken handeln erst einmal selbstständig und werden, wenn erforderlich, erst nachträglich gemäßig.“ In Deutschland sind die Rechtsabteilungen sehr präsent und kontrollieren vieles vorab.“

Das könnte sogar stimmen. Denn am Instrumentarium kann es kaum liegen. Die amerikanischen Staatsanwälte und die Bör-

senaufsicht SEC haben Möglichkeiten, von denen deutsche Behörden nur träumen können. So kehrt sich manchmal sogar die Beweislast um – der Beschuldigte muss dann nachweisen, dass er NICHT illegal gehandelt hat.

Worauf es anzukommen scheint, ist die Anwendung der Regeln. So war es bis vor zwei



Bankenviertel in Frankfurt: Profitgier hat in den USA einen anderen Stellenwert

Jahren in den USA gang und gäbe, bestimmte Informationen vorab an Analysten zu verteilen – hier zu Lande ein Insidervergehen. Ebenso verbietet in Deutschland ein – zwar freiwilliger, aber weitgehend eingehaltener – Kodex Konsortialbanken, bei Börsengängen Privat Anleger zu Gunsten ihrer institutionellen Kunden zu benachteiligen. In Amerika sind solche „Kickbacks“ genannten kleinen Aufmerksamkeiten für Großkunden oft weniger problematisch.

„Die Kontrolle von internen Interessenkonflikten wird in Deutschland sehr viel ernster genommen

als in den USA“, sagt Thomas Weisgerber, Geschäftsführer des Bereichs Finanzmärkte beim Bundesverband deutscher Banken. „Mehrere deutsche Banken haben ihre Research-Bereiche schon vor Jahren ausgegliedert, zum Beispiel die Deutsche Bank. In Amerika zwingt man die Institute jetzt dazu, nachdem das Kind im Brunnen liegt.“

In der Tat fährt Amerika nun alles auf, was es im Arsenal hat: Analyseabteilungen müssen in Zukunft komplett ausgegliedert werden, allerhand Straftatbestände werden verschärft. Die großen US-Investmenthäuser konnten sich nur gegen eine Strafe von zusammen 1,4 Milliarden Dollar und das eifrig Geloben von Besserung von der Verfolgung durch die Staatsanwälte freikaufen.

Fragt sich nur, was es nutzt – auch hier zu Lande. Denn eines scheint klar: Wer betrogen will, der schafft es auch.

Bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), in Deutschland zuständig für den Kampf gegen Insiderhandel und Kursmanipulation, bleibt man deshalb vorsichtig: „Solche Dinge hängen stark von der kriminellen Energie der Beteiligten ab“, sagt Sabine Reimer, Sprecherin des Bereichs Wertpapieraufsicht. „Wir haben das bei uns bis jetzt nicht gesehen, aber man kann sich nicht völlig davor schützen. Auch nicht durch noch so gute Gesetze.“

Ulrich Machold

ANZEIGE